A2 EU Außenpolitik - Eine Union für den Frieden (NEU)

Antragsteller*in: Sara Nanni
Status: Modifiziert

Grüne europäische Außenpolitik ist immer auch Friedenspolitik

Bündnis 90/Die Grünen sind eine proeuropäische Partei, eine, die den europäischen Einigungsprozess in der EU aber auch die Prozesse in Europa, die nicht in der EU stattfinden, mitgestalten will. Das allein ist schon zum Merkmal geworden in einer Zeit, in der auch die deutsche Bundesregierung auf eine Renationalisierung der Politik setzt, europäische Spielregeln missachtet und rechtspopulistische und rechtextreme Parteien in Deutschland und anderen Mitgliedstaaten ihre Anliegen nicht mit der, sondern gegen die EU umsetzen wollen. Sie stellen eine ganze Regierungsebene in Frage. Für uns Grünen ist die europäische Ebene nicht verhandelbar, können doch Herausforderungen der Zukunft, die wir als Grüne sehen, wie der Klimawandel, der sozial-ökologische Umbau der Weltwirtschaft und die festigen demokratischer Gesellschaften nur mit-, niemals gegeneinander in Europa gelingen.

Europa erfindet sich neu - reden wir mit!

Die Vereinigten Staaten haben viele Jahre die Weltpolitik dominiert wie keine andere Macht. Das US-Militär ist das schlagkräftigste, die Wirtschaft nachwievor stark aber das politische Gewicht der USA und die transatlantische Verbindung stehen seit Präsident Trump wie nie zuvor zur Disposition. Die EU reagiert, auch im Lichte des Brexit, mit einer Suche nach neuer, europäischer Stärke und findet - wie die Prozesse rund um die PESCO zeigen, ihr Potenzial im Militärischen.

Die Forderung von manchen, dass die EU nun auch eine Großmacht werden soll lehnen wir ab. Die EU ist eine Zivilmacht und muss ihre Aktivitäten auf den Frieden richten. Wir Grüne sehen das historische Potenzial Europas als Friedensort nach innen und Friedensmacht nach außen. In Zeiten der sich verändernden gloablen Machtverähltinsse muss es die Aufgabe Europas sein, politisch, diplomatisch und zivil für eine friedlichere Welt und internationale Ordnung zu streiten. Die europäische Geschichte lehrt, dass nicht einseitige Aufrüstung und Militarisierung Frieden bringen, sondern gemeinsame Institutionen, Multilateralismus und die Suche nach Einigung, trotz großer Interessenkonflikte.

Grundsätzlich stehen wir dem Instrument einer ständigen strukturierten Zusammenarbeit in Verteidigungsfragen (PESCO) nicht ablehnend gegenüber. Doch sie muss der Abrüstung, dem Schaffen von Synergien dienen, nicht der Aufrüstung. Und sie kann nicht die alleinige Antwort auf Herausforderungen der Sicherheitspolitik sein. PESCO, so wie es nun ausgestaltet ist, hat einen deutlichen Überhang für industriepolitische Verteidigungspolitik. Der Haushalt, den das EP in Begleitung von PESCO aufgesetzt hat, wird voraussichtlich im Blickfeld eines engen Sicherheitsbegriffs, nicht im Sinne der Menschlichen Sicherheit (Human Security) gestaltet. Pooling und Sharing von Verteidigungskapazitäten in der Europäischen Union sind sinnvoll, sie dürfen aber nicht zum Verkaufsargument für die Erhöhung von Militärausgaben und einer Militarisierung der Europäischen Union genutzt werden.

Zudem muss das Europäische Parlament (EP) in außenpolitischen und Fragen von Frieden und Sicherheit mehr Einsicht in die Prozesse und Mitsprachemöglichkeiten, langfristig auch Entscheidungsbefugnisse, haben. Dort, wo eine parlamentarische Kontrolle möglich ist, müssenschon jetzt Entscheidungen, die die Außen- und Verteidigungspolitik betreffen transparenter gestaltet werden um in breiter (Fach-) Öffentlichkeit diskutiert werden zu können.

Europas Stärken müssen Diplomatie, Prävention und zivile Konfliktbearbeitung sein

Die Bundesrepublik, und mit ihr zahlreiche andere europäische Staaten, haben große Fortschritte im Bereich der zivilen Krisenprävention und Konfliktbearbeitung gemacht. Frühwarnsysteme werden endlich koordiniert, Fachkräfte teilweise gemeinsam ausgebildet und Polizei und Justiz mehr und mehr in die Lage versetzt, bei zivilen Einsätzen ihren Beitrag zu leisten.

Doch es bleiben auch noch viele Baustellen offen. Von einer kohärenten EU-Außenpolitik und einer kohärenten, vollständig koordinierten Krisenprävention aus der EU sind wir weit entfernt. Die Fachkräfte sind da aber es sind zu wenige - schon für bestehende Projekte. Dazu kommen viele EU-Politiken, die Kriegsökonomien fördern, Entwicklung verhindern und Konflikte verschärfen. Diesen Politiken muss ein Ende gesetzt werden, sonst arbeitet die EU gegen ihre eigenen friedenspolitischen Ziele. Die jetzige Außenpolitk der EU im Zusammenspiel mit der Außenpolitik der Mitgliedssstaaten ist insgesamt ein zu kleiner Teil der Lösung und noch immer ein zu großer Teil des Problems, wenn es darum geht auf eine friedlichere und gerechtere Welt hinzuwirken. Die Werte, für die die EU steht, werden nicht immer gelebt, negative Effekte ausgeblendet und Prävention zu kurz gedacht.

Wir fordern, dass neben den bestehenden Programmen und Initiativen im Praxisbereich der Prävention auch mehr in wissenschaftliche Programme investiert wird, die es uns ermöglichen, andere Länder und Kulturen noch besser zu verstehen. Anders als in den USA gibt es in Europa noch kein großes, ausgebautes Netz an Expertinnen und Experten, die die Diplomatie mit ihrem Wissen über andere Staaten und Gesellschaften intensiv unterstützen können. So ein weltweites Netzwerk und die klassische Friedens- und Konfliktforschung müssen als integraler Bestandteil eines nach Frieden strebenden Europas verstanden werden. Sie sind kein nettes Beiwerk einer europäischen Sicherheitspolitik sondern notwendige Vorraussetzung für nachhaltige Sicherheits- und Friedenspolitik.

Auch in der gemeinsamen klassischen Außenpolitik gibt es viel zu gestalten. Selbst ständige Sicherheitsratsmitglieder wie Großbritannien und Frankreich wirken relativ einflusslos in Anbetracht aufstrebender Mächte wie China und Indien, aber auch im Vergleich zu den über ihre Region hinaus sehr einflussreichen Golfstaaten oder dem unkooperativ wirkendem Russland. Die Machtpolitik die von diesen Staaten und den noch-dominanten USA ausgeht ist keine Blaupause für das, was sich pro-Europäer*innen für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik wünschen sollten. Aber sie stellt die EU und Europa vor Herausforderungen, die nur gemeinsam bewältigt werden können. Dazu braucht es eine weitere Stärkung des europäischen Auswärtigen Dienstes, einer noch besseren Koordinierung zwischen den Außenministerien der EU, Entscheidungen des Rates im

Mehrheitsprinzip und nicht zuletzt ein zurücktreten nationaler Akteur*innen zu Gunsten der europäischen Außenbeauftragten, damit die EU auf internationalen Bühnen de facto mit einer Stimme sprechen kann.

Die EU an sich ist ein Friedensprojekt - bewahren wir es!

Die EU ist weltweit in ihrer Struktur einzigartig. Sie basiert auf einem Prinzip, das nirgends anders politisch so intensiv und umfänglich gelebt wird: Die Abgabe von Kompetenzen des Nationalstaats um gemeinsame Politik einer supranationalen Souveränität zu ermöglichen. Die EU ist in gewisser Weise ein Fluchtpunkt des Multilateralismus. International gibt es viele erfolgreiche multilaterale Ordnungen, doch nirgends sind die Verflechtungen zwischen den Staaten so eng, die Ordnung so stabil, die Akzeptanz so hoch. Die EU hat den Friedensnobelpreis bekommen, weil sie das erfolgreichste Friedensprojekt ist, was es je gegeben hat. Die Bedeutung der EU als Friedensprojekt zu banalisieren bedeutet vor allem, die Gefahr eines neuen großen Krieges in Europa auszublenden. Multilateralismus, Zusammenarbeit auch bei Konflikten und nicht nur als Resultat gemeinsamer (machtpolitischer) Interessen sind Chancen zum Frieden, wie es keine anderen gibt. Dieser Tatsache kann man sich nicht oft genug bewusst werden.

Die EU als Verfechterin des Multilateralismus in Zeiten von 'America First'

Die Angriffe auf den Multilateralismus als Prinzip wie sie von den USA, Russland aber auch China und anderen ausgehen, sind die wohl größte, ja historische Herausforderung unserer Zeit. Weil nichts anderes als das bisschen Frieden, was es schon gibt, auf dem Spiel steht. Gemeinsam mit Menschen auf der ganzen Welt müssen Grüne deshalb in Europa und vor allem in der EU dafür kämpfen, dass dieses Prinzip wieder gestärkt wird.

Das kann die EU nur mit einer gemeinsamen Stimme. Und das ist genau die Definition von Stärke, die Bündnis 90/ die Grünen in die Welt und vor allem in die EU tragen müssen. Die EU, die als höchsten Zweck den Frieden im Inneren hat, muss sich um sich selbst kümmern, den inneren Frieden in der EU und Europa fördern und mit gleichem Einsatz im Sinne des Friedens die Welt mitgestalten.

Die komparative Stärker einer gemeinsamen Außenpolitik der Europäischen Union ist nicht das autoritäre oktroyieren von Regeln. Es ist, wie in der EU selbst praktiziert, die Verhandlung, das Gespräch und der Kompromiss. Den Tendenzen zum Totalitären, die in den politischen Entwicklungen in Russland, China der Türkei und teilweise auch bei den USA zu entdecken sind, muss die EU die Widerstandsfähigkeit eines demokratisch verfassten Gemeinwesens entgegenstellen. Demokratie, Rechtsstaate und Menschenrechte sind nicht nur ein hohes Gut für die Bürger*innen selbst, wenn sie gerecht umgesetzt werden, haben sie auch die Strahlkraft Bürger in totalitären Systemen zu inspirieren und zu ermutigen.

Solidarisch nach Innen und Außen

Die europäische Krisenpolitik, sowohl die der Finanz- als auch die der Migrationskrise, haben die mögliche gemeinsame Stimme in der EU weiter geschwächt. China, aber auch Russland und selbst kleine Staaten wie Aserbaidschan haben diese Stimme durch bilaterale Kooperationen, in denen Investitionen mit politischen Schweigepflichten verknüpft wurden, stumm gemacht. Die Austeritätspolitik fällt der EU nachträglich auf die Füße, die

innereuopäische Nicht-Solidarität hat sich in Nicht-Loyalität verwandelt. Wie man in den Wald ruft, so schallt es hinaus. Hier wieder Vertrauen zu schaffen muss die erste Priorität sein. Auch zwischen den Gesellschaften. Die Verwerfungen zwischen Deutschen und Griechen ist immer noch spürbar, es hat sich was geändert in Europa.

Eine einige EU ist die Bedingung für eine gemeinsame Außenpolitik und das Sprechen mit einer Stimme. Dazu bedarf es der verstärkten Solidarität zwischen den Menschen die in der Europäischen Union leben, aber auch einer vermehrten Möglichkeit für Bürgerinnen und Bürger an den Politikprozessen in der Europäsichen Union teilzunehmen. Mit einer stärkeren sozialen Integration und einer Vertiefung der Demokratie in der Europäischen Union, wird die EU auch nach Außen handlungsfähiger. Das muss in der Zukunft das Ziel der EU sein.

Neue Partner*innen suchen und finden

Anders als die USA und anderen Staaten ist die EU keine militärische Weltmacht und sollte das auch nicht anstreben. Statt auf sich auf die Stärke der Armee zu berufen, muss sie sich auf die Stärke ihrer Argumente und die Leuchtkraft ihrer sozialen und demokratischen Verfasstheit verlassen.

Der Schutz von Menschenrechten, die zentrale Stellung der Würde des Einzelnen, der Wert der Pressefreiheit, das Streben nach Rechtsstaalichkeit und Gerechtigkeit, als das macht die EU aus. Aber diese Werte sind keine Alleinstellungsmerkmale. Es gibt weltweit Staaten, die sich ihnen gleichermaßen verschrieben haben und - ähnlich wie in der EU - unterschiedlich erfolgreich in der Umsetzung sind. Mit ihnen müssen wir weiter an der Erhaltung und Verbreitung dieser Werte arbeiten. Die Versprechen der Demokratien (Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit) wurden zwar bis heute nirgends vollends verwirklicht, sie bleiben aber richtig.

Die EU muss ihre Partnerschaften nach diesen Werten ausrichten. Das heißt nicht, dass Kooperationen mit Staaten, die keine Demokratien sind, verunmöglicht werden sollen. Im Gegenteil - Multilateralismus ist gerade wegen der unterschiedlichen Systeme von entscheidener Bedeutung. Es ist das einzige Prinzip, dass über Systemfragen hinaus Ordnung schaffen kann, die Frieden fördert.

Immer schön authentisch bleiben - Glaubwürdigkeit ist eine Währung

Die europäischen Werte strahlen um so kräftiger, je stärker die Werte, die die Union ausmachen sollten, auch eingehalten werden. Und zur Zeit gibt es leider Vieles, was diesem Wertefundament nicht entspricht. Allen voran eine Flüchtlingspolitik, die auf Abschreckung, die Verlegung von Außengrenzen in Drittstaaten und dreckigen Deals mit Diktatoren setzt. Diese aggressive Politik setzt nicht nur an der falschen Stelle an und bringt unendliches Leid mitsich, sie schadet auch der außenpolitischen Glaubwürdigkeit und damit einer der vermeindlichen Stärken der EU.

Es liegt im Interesse der Europäischen Union und im Interesse von Geflüchteten und Migrant*innen, dass es die Lebensperspektiven auf dem afrikanischen Kontinent und im Nahen Osten besser werden. Die kurzfristig angelegte neue Kooperation mit Diktatoren zur 'Flüchtlingsbekämpfung' ist nicht nur menschlich falsch, sie läuft auch dem langfristigen Ziel zuwider. Statt sie mit dem Aufhalten von Geflüchteten zu beschäftigen, dürfen autoritäre Regime nicht

weiter unterstützt werden, denn diese treiben Menschen zu Flucht.

Wir Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollen eine starke EU-Außenpolitik. Eine, die auf die das geflügelte Wort der Wertegemeinschaft ernst nimmt und auch in diese zum Maßstab der Beziehungen nach Außen macht.

Sara Nanni und Michael Bloss: